

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Verlag:
Rieser
Sommer Nr. 20,
Winter Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Kreisbauernschaft, des Kreisgerichtes und des Amtsgerichtes beim Kreisgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamtes Rieser und des Hauptpostamtes Weihen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonten:
Dresden 1480,
St. Petersburg
Rieser Nr. 22.

Nr. 47.

Donnerstag, 25. Februar 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Schwankungen der Roh- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Stellen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 2 mm hohe Grundchriftzeile (8 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; je nach Umfang und Art der Anzeigen. Beste Leiste. Bewilligte Redaktionen, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Abrechnungsort: Rieser. Verantwortliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Verlegers oder der Vertriebsunternehmungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Redaktionsrat und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Wieder Skandalszenen im Reichstag.

Zweimalige Unterbrechung der Sitzung. — Scharfe Angriffe. Mehrere Ausschlüsse. — Wirtschaftspartei erneut für Brüning.

von Berlin, 24. Februar 1932.

In denselben häßlichen Formen, in denen die politische Auseinandersetzung am Dienstag begonnen hatte, wurde sie auch in der Mittwoch-Sitzung des Reichstages fortgesetzt. Ein wesentlicher Unterschied trat aber zutage. Während die vom Reichstagspräsidenten Ebbe den Störungsvorfällen gegenüber gelübte Rücksicht am Dienstag allgemein ausgefallen und auch von seinen Freunden kritisiert worden war, ging er am Mittwoch zu härteren Maßnahmen über. Er kündigte bekanntlich schon beim Sitzungsbeginn an, daß er gegen weitere Störungsvorfälle alle geschäftsordnungsmäßigen Nachmittel zur Anwendung bringen würde. Der Verlauf der Sitzung bot ihm wiederholt Gelegenheit, seine Ankündigung in die Tat umzusetzen.

Der gelaubte, daß den Vorgängen in der vorangehenden ersten Sitzung des Reichstages gestern eine sachliche Arbeit folgen würde, hat leider nicht recht behalten. Abgesehen von den Reden einiger alter Parlamentarier von Ansehen und Rang, war das äußere Bild der Verhandlungen gestern noch weniger schön als vorgestern. Kam es am Dienstag nur zu einer Unterbrechung der Sitzung, so folgten gestern drei aufeinander. Es begann gleich in Zusammenhang mit den Ausführungen Dr. Brüning, die zweite bei dem Zusammenstoß Dr. Webers mit den Nationalsozialisten, und schließlich erreichten die Vörmänner ihren Höhepunkt, als Reichstagspräsident Ebbe dem Nationalsozialisten Rosenbergs das Wort entzog. In parlamentarischen Kreisen wird der Verlauf dieser Sitzung außerordentlich bedauert.

Immerhin hat der Mittwoch zwei wichtige politische Ergebnisse gezeitigt, einmal die Vereinnahmung der Reichsmassen, die sich durch den Groener-Erlass zwischen der Sozialdemokratie und dem Reichswehrminister herausbilden. Aus der Erklärung des Ministers, wie aus dem ganzen Ton, auf den die Rede Dr. Brüning abgemessen war, ergab sich, daß aus diesen Dingen keine Schwierigkeiten für die Regierung Brüning mehr zu erwarten sind. Außerdem ließ die Rede des wirtschaftsparteilichen Abg. Dr. Volz erkennen, daß auch die Wirtschaftspartei der Reichsregierung das Vertrauen nicht versagen wird. Wenn man in den letzten Tagen auch kaum ernstlich befürchtet hatte, daß von diesen beiden Seiten her eine ernste Gefahr für das Kabinett entstehen würde, so hat die heutige Entwicklung doch endgültig Klarheit geschaffen. Das ist nach Auffassung parlamentarischer Kreise immerhin ein beachtenswertes praktisches Ergebnis.

Abg. Dr. Volz (Str.)

betont, daß jede Kritik ihre Grenze dort findet, wo nationale Interessen gefährdet werden. Wir können eine maßlose, negative Politik, wie sie von der Rechten geübt worden ist, ab. Der Reichspräsident soll überparteilich sein. Wenn Hindenburg die Regierung zum Tausch geist hätte, hätten die Reichsparteien ihn zum Kandidaten angenommen. Der Redner rechtfertigt dann das Verhalten seiner Partei bei der Reichspräsidentenwahl 1925. (Zuruf rechts: Der Reichspräsident absolut, wenn er unseren Willen tut! — Lachen und ironischer Beifall bei den Sozialisten.)

Der Reichstag ist unfähig, seine Aufgaben zu erfüllen. (Zuruf rechts: Auflösen!) Warum will die Rechte Brüning kürzen? Das Ziel seiner Außenpolitik kann nicht der Grund sein. Sie können den Reichskanzler nicht angreifen wegen seiner Reparationspolitik, da in dieser Frage das ganze Volk einer Meinung ist. Die Rechte wird es nicht besser machen können. Man will den Reichskanzler um jeden Preis kürzen, um selbst zur Macht zu kommen. Deshalb fällt man der Regierung bei den wichtigsten Entscheidungen in den Rücken, alles unter der Firma „Nationale Opposition“. Ueber die Ursachen unserer wirtschaftlichen Not zu streiten, ist nicht nötig. Eine Übereinstimmung darüber wird sich im Parlament nicht erreichen lassen. Das die Reparationen die Hauptsache sind, bestreitet niemand. In den innerpolitischen Schwierigkeiten sind alle Parteien mitschuldig. Man kann weder die Regierung noch einzelne Parteien für das gesammte Elend, in das wir hineingekommen sind, verantwortlich machen. Unsere Aufgabe ist es, den Versuch zu machen, die Dinge zu bessern. Es müssen neue Wege aufgezeichnet werden, um in eine bessere Zukunft hineinzukommen. Meinungsverschiedenheiten sind zu überwinden, wenn man mit Verantwortungsbewußtsein an die Aufgabe herangeht und wenn man den ehelichen Willen hat, wirklich aufzubauen und Arbeit zu schaffen. Hier versagen Parteien und Parlament und zwingen die Regierung zu Notverordnungen. Abbau der Abgabe, Gehälter und sozialer Leistungen ist sehr bitter für alle Betroffenen, und wir wünschen, daß mit diesem Abbau endlich Schluss gemacht wird.

Die Sanierung der Finanzen darf gewiß nicht Selbstzweck sein, aber sie ist eine der wichtigsten Grundlagen für die Sanierung der Wirtschaft. Das ist unsere schwerste Aufgabe. Die Regierung hat bewiesen, daß sie den Mut hat, einzugreifen. Der Eingriff in die Finanzfrage, in die Renten, in den Abbau der Gebäudenutzungssteuer und jetzt dieses zweite Sanierungswerk der zusammengesetzten

Großbanken sind doch Leistungen, die man nicht einfach abbrechen kann; es sind notwendige Etappen auf dem Wege der Gesundung unserer Wirtschaft. Das Volk verlangt aber Rücksicht und Klarheit. Deshalb bitte ich den Kanzler, seine Maßnahmen dem Volke so darzustellen, daß es sieht, ob ihm ein Hoffnungsstrahl winkt. Auch in der Notzeit brauchen wir wirtschaftliche Freiheit. Wir sind unfrei geworden durch die Wirtschaftspolitik der anderen um uns herum. Das Ziel einer gesunden Wirtschaftspolitik darf nicht sein die möglichst rasche Steigerung des Reichtums und der Lebenshaltung; mehr Wert ist die Beständigkeit und die Gleichmäßigkeit unserer Wirtschaft und die Sicherung gegen die ständig wiederkehrende Krisengefahr. Darum darf nicht einseitig die Exportwirtschaft bevorzugt werden, sondern wir müssen nach Möglichkeit unseren Binnenmarkt stärken.

Das Zentrum ist zur Zusammenarbeit mit jeder Partei bereit, die auf dem Boden der Verfassung anhaltende Arbeit leisten will. Wollen das die Nationalsozialisten? Ihr Programm ist widersprüchlich. Einen so geheimnisvollen und dunklen Weg lehnt das Zentrum ab. (Zuruf rechts: Gott sei Dank!) Der Druck, der auf unserem Volke liegt, wird durch die politische Verengung vergrößert. Die Regierung war gewagt, die Presse- und Versammlungsfreiheit teilweise einzuschränken. Wir müssen fordern, daß der Staat seine Autorität umso härter zeigt, je mehr die Volksmassen verzweifeln werden. Der Staat wird mit noch härteren Mitteln greifen müssen. Die nationale Opposition bildet sich schon ein, mit der radikalen Linken den Sturz der Regierung herbeizuführen. Ende dieser Woche soll der erste Sitz eingeleitet werden und am 18. März der zweite. Wir haben somit Vertrauen zur Besonnenheit in diesem Parlament, zu glauben, daß der erste Sitz ihnen nicht ausfällt und daß der 18. März eine noch schwerere Niederlage für sie sein wird.

Abg. Frhr. v. Freytagh-Loringhoven (Dnat.):

Bei den Präsidentenwahlen geht es um die Aufrechterhaltung des deutschen Regimes. So verheerend dieses System sich innen- und wirtschaftspolitisch ausgewirkt hat, muß es doch vor allem um seiner Außenpolitik willen bekämpft werden. Diese Außenpolitik stellt eine Kette von Mißerfolgen und Niederlagen dar und sie bringt die letzten deutschen Möglichkeiten parteipolitischen Jutes zum Opfer. Das gilt vor allem für die große Aktion des vorigen Jahres, die Johnsons. Das Wiener Protokoll wurde vorzeitig und ungeschickt in unfertiger Form veröffentlicht. Vor dem ersten französischen Widerpruch wich man zurück. Curtius wurde in die Wüste geschickt, obgleich Brüning für die Aktion voll verantwortlich war und die Schuld auf sich geladen hatte, daß er im letzten Stadium seinem Außenminister die erbetenen Instruktionen verweigerte. Als dann die Hoover-Aktion kam, hat Brüning der Sabotage dieses Planes durch Frankreich nicht nur keinen Widerstand geleistet, sondern Frankreichs Isolierung durch seine Neutralität und die Regierungsfähigkeit vom 7. Juli wieder befestigt und Hoover dadurch vor den Kopf geschoben. Der Reichskanzler hat die französische Forderung angenommen, daß bei den deutsch-französischen Verträgen von Abstraktion und Tributen nicht gesprochen werden dürfe. Statt dessen hat er unter dem Schlagwort der internationalen Zusammenarbeit das deutsch-französische Wirtschaftskomitee eingesetzt. Dadurch erhielt Sozial die Möglichkeit, sich von Hoover freie Hand gegenüber Deutschland geben zu lassen. Angesichts dieser Sachlage hat Brüning dann nicht versucht, im Einvernehmen mit anderen Mächten die Tributzüge aufzuheben, sondern hat unter französischem Druck die Berliner Tributzüge angesetzt und hat den ausnahmslos bösesten Bericht annehmen lassen. Dann folgten die gegen alle diplomatischen Regeln verstoßenden Verhandlungen mit den französischen und britischen Politikern. Es kamen rätselhafte Subskriptionen und es kam die Erklärung, daß Deutschland keine Tribute mehr zahlen wolle. Dadurch erhielt Frankreich die Möglichkeit, die Lausanne-Konferenz einfach zu sabotieren. Wenn nun die Konferenz Ende Juni zusammentritt, stehen wir unter dem Druck des Abfalls des Hoover-Jahres und befinden uns dadurch in der denkbar ungünstigsten Lage.

Zwei Tage vor dem Besuch der französischen Minister beim Reichspräsidenten ging durch die Presse die angeblich insinuierte Notiz, daß die Franzosen die Kriegs-vergesserliche fassiert hätten. Die Nachricht war falsch. Der Reichspräsident ist dadurch irregeführt worden.

Auf der Abstraktionskonferenz hat Brüning eine populär-philosophische Rede ohne Sach und Kraft gehalten und hat es gewagt und Apparat legen lassen, was Deutschland hätte sagen müssen. Der Reichskanzler hat dadurch den Start der deutschen Vorschläge in ungünstige Gestalt wie nur irgend möglich. Im gegenwärtigen Augenblick treten diese Dinge zurück hinter den Vorgängen im Osten. Der litauische Putsch bedeutet einen Fortschritt im Gesicht des Deutschen Reiches. Das Auswärtige Amt war gewarnt, hat aber die Dinge schwimmen lassen. Die Lage in Ost hat zu einem vollen Mißerfolg geführt. Es ist

unendlich im Osten verkannt worden. Das von Polen bestränzte Litauen müßte, wenn nicht ganz schwere Fehler begangen wurden, an uns Anknüpfung suchen. Die Sperrung unserer Grenze würde Litauen binnen kurzem in die Enge zwingen. Der Remel-Fall wird zu einem Skandal für den ganzen Osten. Schon hat Lettland eine Verordnung gegen die deutsche Sprache erlassen und Polen liegt auf der Lauer.

Durch den russisch-polnischen Nichtangriffspakt, den das Auswärtige Amt sogar freudig begrüßt, hat Polen die Hände gegen Deutschland frei bekommen. In Danzig hat es offene Drohungen gegen uns ausgesprochen. Wir wissen, daß es Truppen an der deutschen Grenze aufammelt. Wir können damit rechnen, daß es losbricht. Freilich wird es keine wehrlose Beute finden. Die Welt soll wissen, daß auch ein maßloses Deutschland mit der Kraft der Bergweisung um sein Dasein ringen wird. Im Weltbrand, der dann entzündet wird, wird Europa zugrunde gehen. Aber wir erheben unsere Stimme gegen diese Regierung, die durch Schwäche und Ineffizienz es dahin hat kommen lassen. Wir wollen dieses System nicht mehr dulden, das und immer tiefer in die Ruine hineingeführt hat. Der Sturz dieses Systems ist das Ziel des Kampfes, der jetzt beginnt. Es ist die tragische Schuld des Reichspräsidenten von Hindenburg, daß er dieses System gestützt hat.

Abg. Dr. Bredt (Wirtschaftsp.)

wirft dem Redner vor, auf den Kern der Fragen überhaupt nicht eingegangen zu sein. Das Kabinett Brüning sei vom Reichspräsidenten berufen worden als ausgesprochenes Rechtskabinett. Einem solchen Kabinett hätten die Deutschen national nicht angeschlossen müssen. Wenn Hindenburg das ablehnte, dann trage er selbst die Schuld an der Entwiklung der Dinge. Die Annahme, die Nationalsozialisten in eine Koalition einzubeziehen zu können, sei doch offenbar trügerisch. Wenn in Dessen eine solche Koalition nicht möglich war, ja wenn in der Reichspräsidentenwahl nicht einmal einer der Angehörigen der Sozialdemokratie gegen sich eine Einigung mit den Nationalsozialisten erreichen ließ, wie soll da eine Regierungskoalition mit den Nationalsozialisten im Reich möglich sein? Die Forderungen des nationalsozialistischen Programms bedeuten die Vernichtung des kapitalistischen Systems und laufen auf die Durchführung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung hinaus. Es ist sonderbar, daß die Deutschnationalen die Überwindung einer solchen Partei an die Regierungsmacht verlangen und daß Deutschnationale und Deutsche Volkspartei dem Reichskanzler das Mißtrauen ausdrücken wollen, weil er eine Partei mit solchen Forderungen nicht in die Regierung hineinnehmen will.

Bei dem Antrag, der den Reichspräsidenten um Auflösung des Reichstages ersucht, haben die Antragsteller offenbar nicht daran gedacht, daß die Auflösungsorder des Reichspräsidenten der Gegenzeichnung des Reichskanzlers Dr. Brüning bedürfen würde. Der „Stahlhelm“ habe ein Mitglied mit der Begründung ausgeschlossen, daß der Ausschluß durch sein Eintreten für Hindenburgs Wahl das Ansehen des „Stahlhelm“ geschädigt habe. Wenn man berücksichtigt, daß Hindenburg Ehrenmitglied des „Stahlhelm“ sei, dann wirke eine solche Begründung grotesk. Bei Erweiterungen der Wirtschaftslage erklärt der Redner, daß er gegenwärtigen Not weder die Regierung noch das kapitalistische Wirtschaftssystem schuld seien. Dasselbe Wirtschaftssystem aber, die dauernd Hilfe von der Regierung verlangen, bekämpfen fortwährend dieselbe Regierung. Es ist doch eine Groteske, wenn das Landvolk einen Minister stellt, der die Landvolkpolitik in der Regierung durchsetzt und wenn dennoch das Landvolk gegen die Regierung stimmt.

Bei den weiteren Ausführungen des Redners häufen sich laute Zwischenrufe und Unterbrechungen aus den Reihen der Deutschnationalen und Nationalsozialisten. Ein Zwischenrufer erhält einen Ordnungsruf, weil er behauptet, die Wirtschaftspartei habe sich ihre letzte Abstimung für die Regierung von ihr bezahlen lassen. Der Redner bezeichnet diese Behauptung als eine Verleumdung, deren Verbreiter sich vor dem Strafgericht verantworten müßten. Nach der Abstimmung habe allerdings ein Mitglied der Wirtschaftspartei, der frühere sächsische Finanzminister Dr. Weber, für seine Genossenschaftlichen Dienste von der Regierung erhalten. Dr. Weber aber sei heute Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei. (Zuruf rechts: Bei der Wirtschaftspartei.) Ihnen, so wendet sich der Redner weiter an die Rechte, scheint es überhaupt ganz fremdartig vorzukommen, wenn eine Partei ohne jede Gegenleistung nur ihrem Gewissen folgend für die Regierung stimmt. Wir folgen nur unserem Gewissen, wenn wir auch jetzt noch einmal für die Regierung stimmen. (Zuruf rechts: Dann werden Ihre Wähler Ihnen davonlaufen!) Glauben Sie etwa, daß wir aus Furcht vor dem Verlust an Wählern anders stimmen werden als es uns unser Gewissen gebietet? Uns steht das Vaterland über der Partei.

Fortsetzung des Berichtes in der 1. Beilage.